Sicherheit und Zugänglichkeit für Fußgänger auf Gehwegen – Ahndung Gehwegparken

Sicherheit und Zugänglichkeit für Fußgänger auf Gehwegen
Empfehlung Nr. 20-26 / E 02226 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 15 - Trudering-Riem am 10.10.2024

Ahndung Gehwegparken
Empfehlung Nr. 20-26 / E 02227 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 15 - Trudering-Riem am 10.10.2024

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 15627

Anlagen: 1. BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 02226
2. BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 02227

Beschluss des Bezirksausschusses des 15. Stadtbezirkes Trudering-Riem vom 26.06.2025

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 15 - Trudering-Riem hat am 10.10.2024 die Empfehlungen Nr. 20-26 / E 02226 und 20-26 / E 02227 beschlossen.

Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 02226 lautet: „Auf Gehwegen und an deren Zu-/Abgängen werden Fußgänger an vielen Stellen behindert bzw. gefährdet. Das trifft bspw. Personen mit eingeschränktem oder gar ohne Gehvermögen und solche mit Kinderwägen besonders hart. In Trudering entstehen Situationen dieser Art vor allem durch 1) verbotswidrig auf Gehwegen geparkte Fahrzeuge, 2) Überwuchs, 3) falsch platzierte Roller sowie 4) Fahrradfahrer und Rollerfahrer. Solche Hindernisse und Gefährdungsursachen treten entweder einzeln oder in Kombination auf. Stellenweise haben selbst schlanke kleine Menschen ohne körperliche Einschränkungen keine Chance, einen Gehweg aufrecht gehend zu benutzen. Teils ist so auch die Sicht auf den Straßenverkehr erheblich eingeschränkt. Hiermit beantrage ich die Um- und Durchsetzung des Rechts auf Sicherheit und Zugänglichkeit für die Fußgänger auf Gehwegen.“

Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 02227 lautet: „Die Bürgerversammlung Trudering-Riem fordert die Stadt München auf, § 2 Abs. 1 Straßenverkehrsordnung durchzusetzen bzw. die zuständige Polizei dazu zu verpflichten.“

Die Empfehlungen betreffen Vorgänge, die nach Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Nr. 23 der Geschäftsordnung des Stadtrates zu den laufenden Angelegenheiten zu zählen sind. Da es sich um Empfehlungen einer Bürgerversammlung handelt, die in ihrer Bedeutung auf den Stadtbezirk beschränkt ist,

müssen diese nach Art. 18 Abs. 5 Satz 1 GO i.V.m. § 2 Abs. 4 Satz 1 Bürger- und Einwohnerversammlungssatzung vom Stadtrat bzw. Bezirksausschuss und gemäß § 9 Abs. 4 der Bezirksausschuss-Satzung (BA-Satzung) vom zuständigen Bezirksausschuss behandelt werden, zu dessen Information Folgendes auszuführen ist:

Verbotswidrig parkenden Fahrzeugen auf Gehwegen

In zahlreichen Straßen in München hat sich in den letzten Jahren ein nicht angeordnetes, rechtswidriges Gehwegparken etabliert. Ursächlich ist hier auch ein nicht mehr zeitgemäßes Verständnis für den öffentlichen Raum und eine falsche Gewichtung zwischen dem Komfort des Parkens und der Verkehrssicherheit sowie Barrierefreiheit für Fußgänger*innen.

Im Rahmen der Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2035 beschäftigt sich das Mobilitätsreferat eingehend damit, eine barrierefreie Mobilität zu fördern. Im Jahr 2022 wurde die Teilstrategie Fußverkehr durch den Stadtrat beschlossen (siehe auch <https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/7307395>, Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07472). In dieser wurde das Mobilitätsreferat mit verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung des Komforts und der Sicherheit von Fußgänger*innen sowie zur Begehbarkeit von Gehwegen beauftragt. Im Zuge der Umsetzung erfolgt eine Datenerhebung und -auswertung zum Gehwegparken in München. Auf dieser Basis entwickelt das Mobilitätsreferat im Austausch mit der kommunalen Verkehrsüberwachung des Kreisverwaltungsreferats und dem Polizeipräsidium München ein Verfahren zur Reduzierung des ordnungswidrigen Gehwegparkens.

Die Abschaffung des bisher geduldeten Gehwegparkens stößt häufig auf Unverständnis in der Bevölkerung, da es sich teilweise um über Jahre eingeschliffene Situationen handelt, die als „Gewohnheitsrecht“ wahrgenommen werden, jedoch existiert dieses Gewohnheitsrecht nicht. Deshalb plant das Mobilitätsreferat ein behutsames und nachvollziehbares Vorgehen, das intensiv kommuniziert und begleitet wird, um positiv auf das Verhalten aller Verkehrsteilnehmer*innen einzuwirken.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Verstöße und Zuwiderhandlungen bereits aktuell im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen im gesamten Stadtgebiet durch die Überwachungskräfte der Polizei, in den parkraumbewirtschafteten Gebieten zusätzlich durch die Überwachungskräfte der Kommunalen Verkehrsüberwachung im KVR, verfolgt werden.

Überwuchs

Bezüglich des genannten Punktes möchten wir darauf hinweisen, dass das Baureferat zuständig ist und Folgendes übermittelt:

„Grundsätzlich ist das öffentliche Lichtraumprofil von privaten Einbauten (dazu gehören auch Hecken und Bäume) freizuhalten. Das Lichtraumprofil (Durchgangs- bzw. Durchfahrtshöhe) muss nach dem Bayerischen Straßen- und Wegegesetz 2,50 m im Geh-/Radwegbereich und 4,50 m im Fahrbahnbereich betragen. Die seitliche Begrenzung ist identisch mit der Straßenbegrenzungslinie bzw. Grundstücksgrenze.

Bei turnusmäßigen (in Abhängigkeit der Verkehrsbedeutung der Straße) Begehungen des Straßenunterhaltes werden solche Missstände dokumentiert und die Anlieger*innen bzw. Eigentümer*innen mittels Anschreiben aufgefordert, den Überwuchs zu beseitigen. Nach einer zusätzlichen Erinnerung wird ein Bußgeldverfahren bis hin zu einer Ersatzvornahme eingeleitet.

Bei einem Rückschnitt von Hecken und Bäumen ist jedoch immer die Vogelschutzzeit vom 01. März bis 30. September zu beachten. In diesem Zeitraum ist lediglich ein Pflegeschnitt zugelassen.“

Falsch platzierte Roller auf Gehwegen

Um die Gehwege von Elektrokleinstfahrzeugen der Mikromobilität (E-Tretroller, Bike-Sharing, E-Motorroller) freizuhalten, gibt es mit der Einrichtung von dezentralen Abstellflächen und Mobilitätspunkten auf KfZ-Stellflächen ein vielversprechendes Vorgehen. Den Auftrag, eine Gesamtstrategie zum stadtweiten Umgang mit Shared-Mobility-Angeboten zu entwickeln und umzusetzen, erhielt das Mobilitätsreferat im Jahr 2021 im Rahmen des Umsetzungsbeschlusses "Mobilitätsstrategie 2035 - Einstieg in die Teilstrategie Shared Mobility" durch den Stadtrat der Landeshauptstadt München (siehe auch <https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/6855185>; Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04857). Ziel dabei soll eine abgestimmte und ganzheitliche Vorgehensweise zur flächenhaften Ausweitung von Shared-Mobility-Angeboten auf die Gesamtstadt unter Berücksichtigung städtischer Vorgaben sein. In einer ersten Stufe wurde die Umsetzung von 200 Mobilitätspunkten, 1.600 Carsharing-Stellplätzen sowie mindestens 675 geteilten Abstellflächen für Mikromobilität beschlossen.

In diesem Zusammenhang hat der Münchner Stadtrat der Beschlussvorlage "Zukunft geteilter Mikromobilität" (siehe auch <https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/7931800>; Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 10861) am 29.11.2023 zugestimmt. Dieser Beschluss ist ein Baustein zur Weiterentwicklung der geteilten Mikromobilitätsangebote in München im Rahmen der Teilstrategie Shared Mobility und der Mobilitätsstrategie 2035. Inhaltlich werden im Rahmen der Sitzungsvorlage verschiedene Themen bezüglich des Umgangs und der Erweiterung von Mikromobilitätsangeboten in München aufgegriffen. Wesentlicher Handlungsschwerpunkt ist unter anderem der stadtweite Ausbau der Abstellflächen für geteilte Mikromobilitätsangebote, um die Abstellsituation dieser Fahrzeuge entschieden zu verbessern.

So soll bis 2026 ein flächendeckendes, stadtweites Netz aus 675 geteilten Abstellflächen für Mikromobilität zur Verfügung stehen. Bis zu 200 davon sollen sich an Mobilitätspunkten befinden. Mobilitätspunkte bündeln verschiedene Angebotsformen geteilter Mobilität und sind oft an ÖPNV-Knotenpunkten verortet. Ziel ist es, ein attraktives und geordnetes Angebot im gesamten Stadtgebiet sicherzustellen und gleichzeitig die Abstellsituation der Mikromobilität und damit die Verkehrssicherheit für Fußgehende, insbesondere für Menschen mit Geh- und Sehbehinderungen, deutlich zu verbessern.

Die Flächen sollen nicht ausschließlich geteilten E-Tretrollern zur Verfügung stehen, sondern auch weiteren geteilten Mikromobilitätsformen, wie dem stadtweiten Bikesharingsystem (ab 2025, anknüpfend an das Bikesharingsystem „MVG-Rad“), E-Lastenrädern und E-Motorroller.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Einrichtung von Abstellflächen haben gezeigt, dass Infrastruktur allein nicht ausreicht, um die Abstellsituation umfassend zu verbessern. Zentrale Ergänzung hierzu ist die digitale Steuerung der Angebote durch Geofencing. Unter Geofencing wird die Erstellung und Definition virtueller Grenzen verstanden, die eine bestimmte Aktion auslösen, wenn sich ein Fahrzeug im definierten Bereich befindet. Im Zusammenhang mit Mikromobilitätsfahrzeugen, ist das Vorgehen so gesteuert, dass ein Buchungsvorgang nur innerhalb der geteilten Abstellfläche beendet werden kann. Zudem kann der Buchungsvorgang auch im Radius von 100 m um die geteilte Abstellfläche nicht beendet werden.

Wir möchten zudem darauf hinweisen, dass falsch abgestellte Elektrofahrzeuge (Sharing-Angeboten) an folgende Webseite gemeldet werden können: <http://www.scooter-melder.de>. Die Person muss Kennzeichen und Bild des falsch abgestellten Elektrofahrzeuges anfügen. Weiterhin können Bürger*innen auch über die Plattform „Mach München besser“ Mängel melden. Auch können falsch aufgestellte Verkehrszeichen an temporären Baustellen gemeldet werden, wenn sie den Fußgängerverkehr behinderten.

Fahrrad- und Rollerfahrer*innen auf Gehwegen

Die enorme Zunahme des Radverkehrs in München (+ ca. 50 % zwischen 2012 und 2021) ist auf der einen Seite sehr erfreulich, weil er unsere Stadt entlastet: Wer mit dem Rad unterwegs ist, fördert seine Gesundheit und fährt emissionsfrei, platzsparend und kostengünstig. Auf der anderen Seite ergeben sich daraus neue Herausforderungen, denn auch der Radverkehr benötigt Verkehrsflächen. Werden diese mit dem Fuß- oder Kraftfahrzeugverkehr geteilt, kann es zu Konflikten kommen. Im Zuge der Mobilitätswende ist die Stadt bemüht, den Radverkehr gezielt zu fördern, mehr Flächen bereitzustellen und Konflikte (gerade mit dem Fußverkehr) zu entschärfen, indem Verkehrsflächen beispielsweise getrennt angelegt werden. Dies ist platzbedingt nicht immer möglich. Teilen sich Fuß- und Radverkehr Flächen, gilt schon aufgrund §1 StVO die Pflicht zur ständigen Vorsicht und gegenseitigen Rücksicht. Wie Sie richtig geschrieben haben, scheint dies nicht allen bekannt zu sein. Mit der Verkehrssicherheitskampagne „MerciDir“ adressiert das Mobilitätsreferat daher seit Oktober 2022 gezielt die Verkehrsteilnehmer*innen und appelliert für mehr Rücksicht, ein gegenseitiges Verständnis (auch zwischen Rad- und Fußverkehr) und eine neue Verkehrskultur in München.

Darüber hinaus leistet das Mobilitätsreferat bereits Aufklärungsarbeit zum Thema Nutzung von E-Tretrollern. Unter den folgenden Links finden sich einige Artikel zu diesem Thema sowie zur angesprochenen Problematik der rechtswidrig abgestellten E-Tretroller:

[München unterwegs | Elektrokleinstfahrzeuge](#)

[München unterwegs | Untersuchungsergebnisse: E-Tretroller Nutzung](#)

Selbstverständlich hat das Mobilitätsreferat die Situation vor Ort und damit auch das Unfallgeschehen und Hinweise durch die Bürger*innen fortlaufend im Blick.

Uns ist bewusst, dass dies erstmal keine zufriedenstellende Antwort auf die von Ihnen geschilderten Erfahrungen sein kann. Wir möchten Ihnen aber versichern, dass uns auch die Konflikte zwischen Fuß- und Radverkehr bewusst sind und dass wir diese zukünftig noch stärker adressieren werden.

Abschließend möchten wir noch darauf hinweisen, dass mit der Mobilitätsstrategie 2035 in München die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer*innen zukünftig noch besser berücksichtigt werden, insbesondere auch die der Fußgänger*innen. Siehe dazu auch: <https://muenchenunterwegs.de/2035>.

Das Mobilitätsreferat befasst sich derzeit im Zuge der Erarbeitung der Mobilitätsstrategie 2035 mit dem Thema Barrierefreiheit durch die 2022 beschlossene Teilstrategie Fußverkehr. Unser Ziel ist es, die nachhaltige Förderung des Fußverkehrs umzusetzen. Der verwaltungsinterne Umsetzungsprozess der Teilstrategie Fußverkehr hat bereits begonnen. Weiterhin wird die Teilstrategie „Mobilität für alle“ erarbeitet. Ziel ist es, dass sich alle auf dem Gehweg

barrierefrei und sicher bewegen und so an der Mobilität teilhaben können. Dies ist eine konstante Aufgabe aller und bereits in der Mobilitätsplanung müssen alle mitgedacht werden: von den Kindern bis hin zu Senior*innen, mobilitätseingeschränkte Menschen als auch Personen mit Begleitmobilität.

Wir bitten um Verständnis, dass es einige Zeit dauert und mehrere Maßnahmen aus den genannten Strategien braucht, um langfristige Verhaltensänderungen bei allen Verkehrsteilnehmern*innen zu erzielen.

Den Empfehlungen Nr. 20-26 / E 02226 und Nr. 20-26 / E 02227 der Bürgerversammlung des 15. Stadtbezirkes Trudering-Riem vom 10.10.2024 können teilweise entsprochen werden.

Dem Korreferenten des Mobilitätsreferates, Herrn Stadtrat Schuster, und dem zuständigen Verwaltungsbeirat des Mobilitätsreferates, Geschäftsbereich Strategie, Herrn Stadtrat Manuel Pretzl, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag des Referenten

Ich beantrage Folgendes:

1. Von der Sachbehandlung als einem Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 22 GeschO) wird mit folgendem Ergebnis Kenntnis genommen:

Das Mobilitätsreferat befasst sich derzeit mit den von Ihnen angesprochenen Hindernissen für den Fußverkehr. Wir arbeiten bereits am Umsetzungsprozess der Teilstrategie Fußverkehr, um freie Gehwege, Barrierefreiheit und Teilhabe für alle zu fördern. Entsprechende Anforderungen werden in den konzeptionellen sowie konkreten Planungen berücksichtigt. Zudem leisten wir bereits Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit und stehen in engem Austausch mit den anderen Behörden und Referaten.

2. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 02226 der Bürgerversammlung des 15. Stadtbezirkes Trudering-Riem am 10.10.2024 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 der Gemeindeordnung behandelt.
3. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 02227 der Bürgerversammlung des 15. Stadtbezirk Trudering-Riem am 10.10.2024 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 der Gemeindeordnung behandelt.

III. Beschluss

nach Antrag

Der Bezirksausschuss des 15. Stadtbezirkes Trudering-Riem der Landeshauptstadt München

Der*Die Vorsitzende

Der Referent

Stefan Ziegler

Georg Dunkel
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. WV Mobilitätsreferat – GL5

zur weiteren Veranlassung

Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit dem Original wird bestätigt.

An das Direktorium – BA-Geschäftsstelle Ost

An D-II-V / Stadtratsprotokolle

BA-Geschäftsstelle

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

V. An das Direktorium – HA II/BA

Der Beschluss des BA 15 - Trudering-Riem kann vollzogen werden.

Der Beschluss des BA 15 - Trudering-Riem kann/soll aus rechtlichen/tatsächlichen Gründen **nicht** vollzogen werden, ein Entscheidungsspielraum besteht/besteht nicht (Begründung siehe Beiblatt).

Der Beschluss des BA 15 - Trudering-Riem ist rechtswidrig (Begründung siehe Beiblatt).

VI. Über MOR-GL5

zurück zum MOR-GB1.24

zur weiteren Veranlassung